

4. November 1992

## Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG)

---

Der Grosse Rat des Kantons Bern,  
In Ausführung von Artikel 37 der Kantonsverfassung [BSG 101.1],  
gestützt auf Artikel 39 des Bundesgesetzes vom 23. März 2001 über den Konsumkredit (KKG [SR 221.214.1]) und Artikel 20 des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG [SR 241]), [Ingress Fassung vom 12. 6. 2006]  
auf Antrag des Regierungsrates,  
beschliesst:

### I. Zweck und Geltungsbereich

#### Art. 1

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Grundsätze für Handel und Gewerbe sowie für die Erhebung einer kantonalen Bruttospielertragsabgabe für Kursäle. [Fassung vom 6. 4. 2000]

<sup>2</sup> Ihm unterstehen selbständige dauernde oder gelegentliche privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeiten mit Einschluss der gewerblichen Betriebe von öffentlichrechtlichen Körperschaften.

<sup>3</sup> Das Bundesrecht sowie kantonale Erlasse über einzelne Gewerbe und Berufe bleiben vorbehalten.

### II. Ausübung gewerblicher Tätigkeiten [Fassung vom 12. 6. 2006]

#### Art. 2

Grundsatz

<sup>1</sup> Gewerbliche Tätigkeiten können grundsätzlich ohne Einschränkungen [Fassung vom 12. 6. 2006] ausgeübt werden.

<sup>2</sup> Einschränkungen gewerblicher Tätigkeiten gestützt auf dieses Gesetz sind nur zulässig, wenn sie

- a dem Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit, Sicherheit oder dem Schutz des Publikums vor unlauterem Geschäftsgebaren dienen,
- b verhältnismässig sind und
- c den Grundsatz der Rechtsgleichheit beachten.

### Ila. Bewilligungspflichtige Erwerbstätigkeiten [Eingefügt am 12. 6. 2006]

#### Art. 3

Bewilligungspflicht [Fassung vom 12. 6. 2006]

<sup>1</sup> Bewilligungspflichtig sind

- a ... [Aufgehoben am 12. 6. 2006]
- b das Halten und Führen von Taxis,
- c ... [Aufgehoben am 12. 6. 2006]
- d der Betrieb von Geschicklichkeitsspielautomaten gemäss der eidgenössischen Spielbankengesetzgebung und von Unterhaltungsautomaten, [Fassung vom 12. 6. 2006]
- e ... [Aufgehoben am 6. 4. 2000]
- f ... [Aufgehoben am 6. 4. 2000]
- g ... [Aufgehoben am 6. 4. 2000]
- h ... [Aufgehoben am 9. 9. 1997]

i das Gewähren und Vermitteln von Konsumkrediten, soweit dies das KKG vorsieht. *[Fassung vom 12. 6. 2006]*

<sup>2</sup> Für das Halten und Führen von Taxis sind nur Einheitsbewilligungen zulässig.

#### **Art. 4**

Bewilligungsvoraussetzungen

<sup>1</sup> Das Erteilen einer Bewilligung kann von Voraussetzungen abhängig gemacht werden, insbesondere

- a vom Nachweis der Handlungsfähigkeit,
- b vom Abschluss einer Haftpflichtversicherung,
- c von der Angabe des Wohn- oder Geschäftssitzes.

<sup>2</sup> Für den Nachweis der Bewilligungsvoraussetzungen kann das Beibringen von Unterlagen verlangt werden, insbesondere

- a Strafregisterauszug,
- b Betriebsregisterauszug,
- c Versicherungsnachweis.

<sup>3</sup> ... *[Aufgehoben am 12. 6. 2006]*

<sup>4</sup> ... *[Aufgehoben am 6. 4. 2000]*

#### **Art. 5**

Widerruf

Die Bewilligungsbehörde widerruft eine Bewilligung, wenn sich nachträglich erweist, dass die Voraussetzungen zur Erteilung nicht vorhanden gewesen sind.

#### **Art. 6**

Entzug

Die Bewilligungsbehörde entzieht die Bewilligung, wenn

- a die Inhaberin oder der Inhaber in schwerer Weise oder trotz Mahnung Vorschriften der Gewerbegesetzgebung verletzt hat oder
- b die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung weggefallen sind.

#### **Art. 7**

Erlöschen

Die Bewilligung erlischt mit der Aufgabe der bewilligten Erwerbstätigkeit, mit Ablauf der Bewilligungsdauer und mit dem Tod der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers.

#### **Art. 8**

Verordnung

Der Regierungsrat kann durch Verordnung insbesondere Bestimmungen erlassen über

- a Bewilligungsvoraussetzungen,
- b Bewilligungsbehörde und -verfahren,
- c Rechte und Pflichten der Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber,
- d Anerkennung von Fach- und Fähigkeitsausweisen.
- e ... *[Aufgehoben am 12. 6. 2006]*

### **III. Ladenöffnungszeiten** *[Fassung vom 12. 6. 2006]*

#### **Art. 9** *[Fassung vom 12. 6. 2006]*

Geltungsbereich

<sup>1</sup> Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für Detailverkaufsgeschäfte und Verkaufsstände.

<sup>2</sup> Sie gelten nicht für Apotheken, Ausstellungen, Galerien und Veranstaltungen.

<sup>3</sup> Für Imbissstände und den Verkauf von Speisen und Getränken durch Hauslieferdienste gelten die Öffnungszeiten für Gastgewerbebetriebe.

#### **Art. 10** [Fassung vom 12. 6. 2006]

##### Öffnungszeiten

<sup>1</sup> Die Detailverkaufsgeschäfte und Verkaufsstände dürfen von Montag bis Freitag von 06.00 bis 20.00 Uhr und an Samstagen sowie vor öffentlichen Feiertagen von 06.00 bis 17.00 Uhr offen halten.

<sup>2</sup> An höchstens einem Werktag je Woche, ausgenommen an Samstagen und vor öffentlichen Feiertagen, dürfen die Detailverkaufsgeschäfte und Verkaufsstände von 06.00 bis 22.00 Uhr offen halten (Abendverkauf).

<sup>3</sup> Folgende Geschäfte dürfen täglich von 06.00 bis 22.00 Uhr offen halten:

- a Detailverkaufsgeschäfte bis zu 120 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche, die einer Tankstelle angegliedert sind,
- b Kioske, die hauptsächlich Tabakwaren, Süßigkeiten, Zeitungen und Zeitschriften verkaufen,
- c Detailverkaufsgeschäfte, die einer Milchannahmestelle angegliedert sind,
- d Videotheken, die Bild- und Tonträger verleihen oder verkaufen.

#### **Art. 11** [Fassung vom 12. 6. 2006]

##### Öffnungszeiten an öffentlichen Feiertagen

<sup>1</sup> Folgende Geschäfte dürfen an öffentlichen Feiertagen von 06.00 bis 18.00 Uhr offen halten:

- a Bäckereien, Confisereien, Metzgereien, Milchhandlungen,
- b andere Lebensmittelgeschäfte mit einer maximalen Verkaufsfläche von 120 m<sup>2</sup>,
- c Blumengeschäfte.

<sup>2</sup> An zwei öffentlichen Feiertagen im Jahr, ausgenommen an hohen Festtagen, dürfen alle Geschäfte von 10.00 bis 18.00 Uhr offen halten.

#### **Art. 11a**

... [Aufgehoben am 12. 6. 2006]

#### **Art. 12**

##### Öffnungszeiten in Tourismusorten [Fassung vom 12. 6. 2006]

<sup>1</sup> In überwiegend vom Tourismus abhängigen Gemeinden dürfen die Geschäfte täglich von 06.00 bis 22.30 Uhr offen halten. [Durch die Redaktionskommission am 7. Juli 2006 in Anwendung von Artikel 26 des Publikationsgesetzes berichtigt.]

<sup>2</sup> Der Regierungsrat bezeichnet diese Gemeinden in einer Verordnung.

#### **Art. 13**

##### Verhältnis zum Arbeitsgesetz

Die Bestimmungen der Bundesgesetzgebung über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel bleiben vorbehalten.

#### **Art. 14** [Fassung vom 12. 6. 2006]

##### Vollzug

<sup>1</sup> Die Gemeinden kontrollieren die Einhaltung der Öffnungszeiten.

<sup>2</sup> Die zuständige Stelle kann befristete Ausnahmen von den Öffnungszeiten bewilligen.

<sup>3</sup> Sie kann ein Detailverkaufsgeschäft oder einen Verkaufsstand bis zu drei Monaten schliessen, wenn die Öffnungszeiten wiederholt missachtet worden sind.

#### **Art. 14a und 14b**

... [Aufgehoben am 12. 6. 2006]

#### **IV. Beschränkungen des Handels mit Tabak und mit alkoholischen Getränken** [Fassung vom 12. 6. 2006]

##### **Art. 15** [Fassung vom 12. 6. 2006]

###### Werbeverbot

<sup>1</sup> Die Werbung für Tabak und alkoholische Getränke ist verboten

- a auf öffentlichem Grund und auf von diesem einsehbarem privaten Grund,
- b an und in öffentlichen Gebäuden.

<sup>2</sup> An öffentlichen Anlässen ist die Werbung verboten

- a für Tabak und für alkoholische Getränke mit mehr als 15 Volumenprozent Alkohol, wenn Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren teilnehmen können, und darüber hinaus
- b für alkoholische Getränke mit weniger als 15 Volumenprozent Alkohol, wenn hauptsächlich Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren am Anlass teilnehmen.

<sup>3</sup> Vom Verbot ausgenommen sind

- a Anschriften und Schilder von Betrieben,
- b Schaufensterauslagen von Geschäften mit Alkohol- oder Tabakverkauf,
- c Werbung an Fahrzeugen gemäss der eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzgebung,
- d Werbung direkt an der Verkaufsstelle bei öffentlichen Anlässen.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat kann weitere Ausnahmen vom Verbot vorsehen.

##### **Art. 16** [Fassung vom 12. 6. 2006]

###### Verkauf von Tabak

<sup>1</sup> Die Abgabe und der Verkauf von Tabak an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind verboten.

<sup>2</sup> Das Verkaufspersonal überprüft das Alter der Kundinnen und Kunden. Es kann dazu einen Ausweis verlangen.

##### **Art. 17** [Fassung vom 12. 6. 2006; in Kraft am 1. 1. 2010]

###### Automaten

<sup>1</sup> Die Abgabe und der Verkauf von Tabak mittels Automaten sind verboten.

<sup>2</sup> Vom Verbot ausgenommen sind Automaten, bei denen geeignete Massnahmen den Verkauf an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verunmöglichen.

##### **Art. 18** [Fassung vom 12. 6. 2006]

###### Überwachung

Die Gemeinden überwachen die Einhaltung der Beschränkungen des Handels mit Tabak sowie mit alkoholischen Getränken.

##### **Art. 18a** [Eingefügt am 12. 6. 2006]

###### Verwaltungszwang

Die zuständige Stelle kann den Handel mit Tabak oder jede Werbung bis zu drei Monaten verbieten, wenn die Vorschriften von Artikel 15 bis 17 wiederholt missachtet worden sind.

##### **IVa. ...** [Aufgehoben am 23. 11. 2011]

##### **Art. 19**

... [Aufgehoben am 23. 11. 2011]

#### **V. Unlauterer Wettbewerb**

##### **Art. 20** [Fassung vom 1. 12. 1996]

Gemeinden

Die Gemeinden vollziehen die öffentlichrechtlichen Bestimmungen der Bundesgesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb über die Preisbekanntgabe.

#### **Art. 21**

Zuständige Stelle *[Fassung vom 29. 10. 1997]*

Der zuständigen Stelle der Volkswirtschaftsdirektion *[Fassung vom 29. 10. 1997]* obliegen

- a die Beratung von Gemeinden und Privaten,
- b die Aufsicht über den Vollzug und
- c der Verkehr mit dem Bund und andern Kantonen.

#### **Art. 22**

... *[Aufgehoben am 1. 12. 1996]*

#### **Art. 23**

... *[Aufgehoben am 1. 12. 1996]*

### **VI. Märkte auf öffentlichem Boden**

#### **Art. 24**

<sup>1</sup> Die Gemeinden können an bestimmten Tagen Jahr-, Monats- und Wochenmärkte zulassen.

<sup>2</sup> Sie können Vorschriften über den Marktverkehr erlassen.

#### **Vla. Anteil an der eidgenössischen Spielbankenabgabe** *[Eingefügt am 6. 4. 2000]*

#### **Art. 24a** *[Eingefügt am 6. 4. 2000]*

<sup>1</sup> Der Kanton erhebt eine Abgabe auf dem Bruttospielertrag der Glücksspiele und Glückspielautomaten der Kursäle im Sinne der eidgenössischen Spielbankengesetzgebung.

<sup>2</sup> Die Abgabe beträgt 40 Prozent des Gesamtbetrages der dem Bund gemäss Spielbankengesetz auf dem Bruttospielertrag zustehenden Spielbankenabgabe.

<sup>3</sup> Abgabepflichtig ist die Betreiberin oder der Betreiber der Spielbank.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt Veranlagung und Bezug der kantonalen Abgabe durch Verordnung, falls dies nicht der eidgenössischen Spielbankenkommission übertragen wird.

<sup>5</sup> Je 10 bis 20 Prozent der Kantonsabgabe werden der Standortgemeinde und dem Fonds für Suchtprobleme der Gesundheits- und Fürsorgedirektion zugewiesen.

### **VII. Vollzug und Rechtspflege**

#### **Art. 25**

Allgemeines

Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug notwendigen Ausführungsbestimmungen.

#### **Art. 26**

... *[Aufgehoben am 12. 6. 2006]*

#### **Art. 27**

Beschwerde

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege.

#### **Art. 28**

Gebühren und Abgaben *[Fassung vom 6. 4. 2000]*

<sup>1</sup> Die kantonalen Amtsstellen erheben für Bewilligungen und besondere Dienstleistungen nach diesem

Gesetz kostendeckende Gebühren.

<sup>2</sup> Die Gemeinden sind berechtigt, für Bewilligungen und besondere Dienstleistungen nach diesem Gesetz Gebühren zu erheben, sofern

- a es im kantonalen Recht ausdrücklich vorgesehen ist oder
- b sie dies in einem Reglement vorgesehen haben.

<sup>3</sup> Für jeden bewilligungspflichtigen Automaten erhebt die Bewilligungsbehörde bei der Bewilligungsinhaberin oder dem Bewilligungsinhaber eine jährliche Abgabe. *[Fassung vom 12. 6. 2006]*

<sup>4</sup> Die Abgabe beträgt für *[Absatz 4 eingefügt am 12. 6. 2006]*

- a Unterhaltungsautomaten 250 bis 1 000 Franken,
- b Geschicklichkeitsspielautomaten mit Jetongewinn 250 bis 1 000 Franken,
- c Geschicklichkeitsspielautomaten mit Geldgewinn 1 000 bis 7 000 Franken.

## **Art. 29**

Strafbestimmungen

<sup>1</sup> Mit Busse von 50 Franken bis 20 000 Franken wird bestraft, wer

- a unbefugt eine Tätigkeit ausübt, die nach diesem Gesetz bewilligungspflichtig ist;
- b eine Bewilligung überschreitet oder
- c das Verbot oder die Einschränkung einer Tätigkeit nach diesem Gesetz missachtet. *[Eingefügt am 12. 6. 2006]*

<sup>2</sup> Bei Widerhandlung gegen die Bestimmungen über Beschränkungen des Handels mit Tabak sowie mit alkoholischen Getränken beträgt die Busse mindestens 200 Franken. *[Fassung vom 12. 6. 2006]*

<sup>3</sup> ... *[Aufgehoben am 12. 6. 2006]*

## **Art. 30 bis 32**

... *[Aufgehoben am 12. 6. 2006]*

## **VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### **Art. 33**

Übergangsbestimmungen

1. Skilehrer

<sup>1</sup> Die bisherige Bewilligungspflicht für den Skilehrerberuf bleibt bis zur Anerkennung des Skilehrer- bzw. Skischulleiterberufs durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, höchstens während sechs Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, in Kraft.

<sup>2</sup> Die Aus- und Weiterbildungsbeiträge für Skilehrer können während des gleichen Zeitraums weiter ausgerichtet werden.

### **Art. 34**

2. Coiffeure

Die bisherige Bewilligungspflicht für Coiffeurbetriebe und die Verordnung über die Coiffeurbetriebe bleiben während zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in Kraft.

### **Art. 34a**

... *[Aufgehoben am 28. 3. 2006]*

### **Art. 35**

Aufhebung eines Erlasses

Das Gesetz vom 4. Mai 1969 über Handel, Gewerbe und Industrie wird aufgehoben.

### **Art. 36**

Inkrafttreten

Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Bern, 4. November 1992

Im Namen des Grossen Rates

Die Präsidentin: *Zbinden*

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

RRB Nr. 1945 vom 19. Mai 1993:

Inkraftsetzung auf den 1. Juli 1993. [*Artikel 3 Absatz 1 Bst. i, Artikel 15–19 Inkraftsetzung 1. 4. 1995 (RRB 195 vom 25. 1. 1995).*]

## **Anhang**

4.11.1992 G

GS 1993/56, in Kraft am 1. 7. 1993 bzw. 1. 4. 1995

## **Änderungen**

31.3.1993 V

GS 1993/263, in Kraft am 1. 1. 1993

30.6.1993 V

GS 1993/472, in Kraft am 1. 7. 1993

1.12.1996 G

über die Ruhe an öffentlichen Feiertagen, BAG 97–33 (Art. 13), in Kraft am 1. 5. 1997

29.10.1997 V

BAG 97–94, in Kraft am 1. 1. 1998

9.9.1997 G

über das Fürsorgewesen, BAG 98–12 (II.), in Kraft am 1. 7. 1998

6.4.2000 G

BAG 00–73, in Kraft am 1. 4. 2000 bzw. 1. 12. 2000

*Inkraftsetzung:*

Die Artikel 3 Absatz 1, 4 Absatz 4, 11a, 28 Absatz 3 sowie 34a der Änderung vom 6. April 2000 des Gesetzes vom 4. November 1992 über Handel und Gewerbe (HGG) treten am 1. Dezember 2000 in Kraft.

14.12.2004 G

über das Strafverfahren, BAG 06–129 (II.), in Kraft am 1. 1. 2007

28.3.2006 G

über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter, BAG 08–134 (Art. 17), in Kraft am 1. 1. 2010

12.6.2006 G

BAG 06–131, in Kraft am 1. 1. 2007

IV.

### **1. Artikel 17: Automaten**

<sup>1</sup>Die Abgabe und der Verkauf von Tabak mittels Automaten sind verboten.

<sup>2</sup>Vom Verbot ausgenommen sind Automaten, bei denen geeignete Massnahmen den Verkauf an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verunmöglichen.

Artikel 17 dieses Gesetzes tritt drei Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Änderung in Kraft [*1. 1. 2010*].

### **2. Die Änderungen der Artikel 9 bis 14b treten zusammen mit dem Normalarbeitsvertrag für den Detailhandel/Verkauf in Kraft [*1. 1. 2007*].**

11.3.2007 G

Polizeigesetz, BAG 07–91 (II.), in Kraft am 1. 1. 2008

23.11.2011 G

Tourismusentwicklungsgesetz, BAG 12–37 (II.), in Kraft am 1. 1. 2014